

Motion Fraktion GFL/EVP, SP/JUSO (Anna Coninx, GFL/Christian Michel, JUSO): Umbenennung der Bundesgasse in „Europa-Allee“

Mitte des 19. Jahrhunderts wurde die heutige Bundesgasse als Prunk-Allee für die schweizerische Hauptstadt gebaut. Der Name hatte damals Symbolwert für zukünftige Entwicklungen. Die Unterzeichnenden wollen diesen Symbolcharakter aufnehmen und ihm eine neue Richtung geben.

Die Schweiz liegt im Herzen von Europa. Dies möchten wir auch im öffentlichen Raum an prominenter Stelle kundtun. Wie man bei einem kurzen Blick über unsere Grenzen problemlos feststellen kann, haben praktisch alle Landes- und Regionshauptstädte unserer Nachbarländer einige ihrer wichtigsten Strassen und Plätze nach Europa benannt, um der historischen Bedeutung des europäischen Einigungswerks Rechnung zu tragen. In der Schweiz wurde dieser Brauch zu lange ignoriert. Es ist an Bern als Bundesstadt, ein Zeichen zu setzen, dass sich die Schweiz konstruktiv an der Entwicklung Europas beteiligen will.

Mit dem Erneuern des symbolträchtigen Namens soll diesem Anliegen der nötige Nachhalt verschafft werden. Das Zentrum von Bern soll nicht nur Schauplatz der Innenpolitik sein. Heute ist die europäische Perspektive aus der schweizerischen Politiklandschaft nicht mehr wegzudenken. Die Umbenennung würde zudem auch den Platz der Schweiz mitten in Europa sowie die Chance des europäischen Einigungsprozesses für die Stabilisierung von Frieden und Wohlstand würdigen.

Die Namensänderung wird kaum grossen administrativen Aufwand mit sich bringen: Briefpapier und Visitenkarten müssen nicht in grossen Mengen neu gedruckt werden, da die Bundesbetriebe den Strassennamen nicht in ihrer Adresse tragen. Zürich, Lausanne und Luzern haben Strassenzüge nach Europa (um)benannt. Bern hat lediglich einen „Europa-Parkplatz“ in Ausserholligen. Die Lage wird dem Stellenwert Europas nicht gerecht – im Gegenteil. Einen Parkplatz nach Europa zu benennen deutet vielmehr auf eine gewisse Geringschätzung der Rolle der Bundeshauptstadt in Europa hin.

Soweit der Gegenstand der Motion im Bereich der gemeinderätlichen Zuständigkeit liegt, kommt ihr der Charakter einer Richtlinie zu.

Bern, 27. Mai 2004

Motion Fraktion GFL/EVP, SP/JUSO (Anna Coninx, GFL/Christian Michel, JUSO), Erik Mozsa, Ueli Stückelberger, Verena Furrer-Lehmann, Conradin Conzetti, Barbara Mühlheim, Peter Künzler, Michael Straub, Raymond Anliker, Sylvia Spring Hunziker, Margareta Klein-Meyer, Miriam Schwarz, Stephan Jordi, Rolf Schuler, Liselotte Lüscher, Béatrice Stucki, Rosmarie Okle Zimmermann, Thomas Göttin, Oskar Balsiger, Andreas Flückiger, Ueli Haudenschild, Rolf Häberli, Markus Kiener, Jsabelle Blunschy Scheidegger, Kurt Hirsbrunner, Markus Blatter

Antwort des Gemeinderats

Beim vorliegenden Vorstoss handelt es sich um eine Motion im Zuständigkeitsbereich des Gemeinderats. Sollte sie vom Stadtrat erheblich erklärt werden, käme ihr der Charakter einer Richtlinie zu.

Der Gemeinderat hat Verständnis für den Wunsch, die Verbundenheit der Schweiz und ihrer Bundesstadt Bern mit Europa an prominenter Stelle zum Ausdruck zu bringen und die fortschreitende Integration Europas dort symbolhaft aufzunehmen, wo europapolitische Entscheidungen vorbereitet und teilweise auch getroffen werden. Trotzdem lehnt er den vorliegenden Vorstoss ab.

Strassenbenennungen

Während der Erstellung des „Bundesratshauses“ (Bundeshaus-West, 1851-1857) legte die Stadt zwischen dem späteren Bundesplatz und der Christoffelgasse eine Strasse an, die vorerst den Namen *Bundesratsgasse* erhielt. Die neue Strassenverbindung, für die sich Mitte der 1860er-Jahre die Kurzform *Bundesgasse* einbürgerte, wurde 1872 bis zur Schwanengasse erweitert und erreichte 1878 beim Bau der Effingerstrasse ihre heutige Länge. Ihr Name bezieht sich auf die nahen Regierungs- und Parlamentsgebäude der Schweizerischen Eidgenossenschaft – ebenso wie die anderen Bezeichnungen im Umfeld des Bundeshauses (Bundesplatz, Bundesrain, Bundesterrasse).

Auf eine Anregung des Europarats hin beschloss der Gemeinderat am 6. August 1997, den Platz bei der S-Bahn-Station Bern-Ausserholligen im Hinblick auf das 1999 fällige 50-Jahr-Jubiläum des Europarats *Europaplatz* zu benennen. Die Namensgebung sollte einerseits an die Völkerverbindende Funktion und Tätigkeit des Europarats erinnern und andererseits dem zukunftsweisenden Charakter des wirtschaftlichen Entwicklungsschwerpunkts Bern-Ausserholligen Rechnung tragen.

Umbenennungen

Historische Bezüge und die Vertrautheit der Bevölkerung mit bestehenden Strassennamen, aber auch der administrative Aufwand sprechen grundsätzlich gegen Umbenennungen. Der Gemeinderat hat solche in der Vergangenheit denn auch immer nur in Ausnahmefällen vorgenommen. So wurden 1967 im Sinne einer Vereinheitlichung die Bezeichnungen Kirchgasse, Nordseite Münsterplatz und Kesslergasse zum Namen *Münstergasse* zusammengefasst, und 1971 änderte der Gemeinderat auf Ersuchen des örtlichen Leists den Namen *Metzgergasse* in *Rathausgasse*. Die letzte Umbenennung datiert aus dem Jahr 2002, als mit der Umsetzung des Strassennamenkonzepts „Wege zu Klee“ der Friedhofweg zu *Undo-endo* wurde.

Der Gemeinderat hat bei der Beantwortung von parlamentarischen Vorstössen zur Umbenennung von Strassen wiederholt dargelegt, dass bestehende Strassennamen und Platzbezeichnungen prinzipiell beibehalten werden müssen, vor allem im Interesse der Anwohnenden: Jede Umbenennung bringt für die Betroffenen grosse Umtriebe mit sich (Adressänderungen, Neuanfertigung von Briefköpfen und Stempeln etc.), und in ungezählten Aktenstücken und Adressdateien (Grundbuch, Vermessungswerk, Einwohnerkontrolle, ewb-Kundenregister, Post, Versicherungen etc.) müssen die entsprechenden Korrekturen vorgenommen werden.

An der Bundesgasse liegen heute rund 20 Gebäude mit zahlreichen Geschäftsadressen. So besitzen neben verschiedenen Bundesbetrieben und städtischen Verwaltungsstellen auch die Schweizerische Mobiliar Holding AG, die Berner Kantonalbank, die Geschäftsstelle der Berner Spezialgeschäfte, mehrere Advokaturbüros, das Konsulat Schwedens, die Bank Ehinger & Armand von Ernst AG, die Fischer & Loeliger AG usw. Adressen an der Bundesgasse. Alle diese Unternehmen wären von einer Umbenennung zum oben erwähnten administrativen Aufwand gezwungen. Die Stadt hätte mit entsprechenden Forderungen betreffend Kostenerstattung zu rechnen.

Soweit sie nicht einen unhaltbaren Zustand beseitigen oder auf ausdrücklichen Wunsch der Anwohnenden vorgenommen werden sollten, hat der Gemeinderat deshalb Umbenennungsanträge bisher immer abgelehnt.

Überlegungen aus historischer Sicht

Strassenbenennungen erfolgen aus einer bestimmten Situation heraus; sie dokumentieren ein Stück weit die jeweiligen Zeitumstände. Insofern sind sie auch Teil des historischen Erbes und sollten, wie erwähnt, möglichst nicht geändert werden. Dies gilt namentlich für die Benennung der Gassen in der Innenstadt, deren Namen teilweise ins Mittelalter zurückreichen. Im Fall der Bundesgasse datiert die Benennung zwar erst aus der 2. Hälfte des 19. Jahrhunderts, aber auch sie hat einen wichtigen historischen Bezug, indem sie an die Wahl Berns zur Bundesstadt erinnert.

An sich hinterlässt jede Zeit ihre Spuren in Form von Strassenbenennungen und es erscheint einleuchtend, dass aus heutiger Sicht ein Strassenname in prominenter Lage in der Stadt Bern auf Europa verweisen sollte. Insofern ist die Argumentation der Motionärinnen und Motionäre hinsichtlich einer Umbenennung der Bundesgasse – historisch betrachtet – zweifellos bedenkenswert. Der Bundesplatz und eine daran anschliessende Europa-Allee würden gewissermassen die fortschreitende Entwicklung von der Gründung des schweizerischen Bundesstaats bis zur Integration Europas symbolisieren.

Der Gemeinderat begegnet dem Anliegen der Motionärinnen und Motionäre deshalb mit Sympathie und anerkennt, dass mit der beantragten Umbenennung der Bundesgasse ein Zeichen für eine sich nach Europa öffnende Bundesstadt gesetzt werden könnte. Dennoch lehnt er den Vorstoss aus den genannten Gründen ab. Er hat im Augenblick auch keine Alternative anzubieten, da im Zentrum von Bern kaum mehr Neubenennungen und jedenfalls keine mit entsprechender Bedeutung vorzunehmen sind. Immerhin weist er darauf hin, dass sich im Umfeld des Europaplatzes in Ausserholligen mit dem Projekt für das Haus der Religionen eine Entwicklung anbahnt, zu der auch die Platzbezeichnung besser passen wird als der heutige Zustand.

Antrag

Der Gemeinderat beantragt dem Stadtrat, die Motion abzulehnen.

Bern, 17. November 2004

Der Gemeinderat